



Neubrandenburg, den 10.12.2018

## **Gemeinsame Stellungnahme zur telemedizinischen Versorgung an das Bundesministerium für Gesundheit des SBNB und des KSB-MSE**

Sehr geehrter Herr Minister Spahn,

der Kreisseniorinnenbeirat Mecklenburgische Seenplatte (KSB-MSE) und der Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg (SBNB) haben sich am 20.11.2018 zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen und intensiv und umfassend über das Thema „telemedizinische Versorgung“ beraten. Viele von uns nutzen das Internet ganz selbstverständlich, um sich über Themen wie gesunde Ernährung, Sport, Vorsorge oder Behandlungsmethoden schlau zu machen. Wir denken hier nur an „Dr. Google“. Digitale Daten helfen uns, Krankheiten und Krankheitsverläufe besser zu verstehen, um damit erfolgreicher behandelt zu werden. Für das Flächenland M-V wird die Absicherung der medizinischen Versorgung bei fehlenden Haus- und Fachärzten immer schwieriger. Deshalb sollte schnellstens die Telemedizin vorbereitet und auch realisiert werden. Rechtliche und Datenschutzbedingungen sind von der Bundesregierung abzusichern und einheitlich in allen deutschen Krankenkassen der Bundesländer einzuführen. Die Schweiz, die seit der neunziger Jahre mit „Medi 24“ als größten Anbieter heute ca. 5.000 Patienten pro Tag telefonisch betreuen, wären für uns ein gewisses Vorbild, das wir z.B. nachempfinden und verbessern könnten ohne den Innovationsfonds des Bundesausschuss für Gesundheit von 211 Mio. € dafür auszugeben.

In der Beratung ging es auch um Sinn und Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) bzw. einer elektronischen Gesundheitsakte (eGA). Leider hat die eGK bis heute, trotz enormer Kosten, noch keine nutzbaren Anwendungsmöglichkeiten, außer der Patientenmeldung in der Praxis. Eine eGA gibt es zwar derzeit ebenfalls vereinzelt, aber sie ist nicht allen Versicherten zugänglich. Der Koalitionsvertrag kündigte die elektronische Gesundheitsakte an, wie sieht es damit aus?

Damit die Bürger diesen digitalen Datentresor mit ihren Gesundheitsinformationen wie Rezepten, Röntgenbildern, Befunden, Impfstatus und so weiter perspektivisch nutzen (können), müssen sie gesundheits- und medienkompetent sein. Die Patienten brauchen nicht nur Informationen zu Diagnosen, sie müssen auch wissen, wie sie diese verwalten und wem sie, wie Zugriff gewähren. Viele Menschen sorgen sich

aber, zum gläsernen Patienten zu werden. Diese Bedenken sollten wir sehr ernst nehmen.

Die medizinische Versorgungsqualität in unserem Bundesland ist noch gut. Dennoch steht das Gesundheitswesen vor großen Herausforderungen. Die Morbidität der Bevölkerung wächst und es bestehen große Schwierigkeiten, freiwerdende Arztpraxen, als auch Klinikmedizinerstellen, neu zu besetzen. Bereits seit 2008 initiierten die Universitätsmedizin Greifswald und die Techniker-Krankenkasse ein einmaliges Telemedizin-Angebot. Seit dem haben sich die telemedizinischen Versorgungsangebote im Land und in Gesamtdeutschland weiterentwickelt.

Auch wenn im Land Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Versorgungsprojekte existieren, drohen die Ärzte und Patienten im Land den Anschluss zu verlieren. Wir sind der Auffassung, dass der schnelle Zugriff auf behandlungsrelevante Informationen einen zentralen Vorteil für alle an der telemedizinischen Versorgung beteiligten Akteure darstellt. Interdisziplinarität steht bei allen telemedizinischen Lösungen im Fokus. Beispielsweise können Ärzte, Unikliniken und andere Leistungserbringer fachübergreifend zusammenarbeiten. Hierbei hat der behandelnde Arzt eine Schlüsselfunktion. Nur wenn er von dem Nutzen überzeugt ist, findet die Telematik Anwendung in den individuellen Behandlungspfaden.

Für Patienten ist die Einhaltung des Datenschutzes ein bedeutender Faktor in der Entscheidungsfindung. Eine einfache Bedienbarkeit entsprechender Apps könnte auch Patienten höherer Altersklassen den Zugang zu den innovativen Versorgungsleistungen ermöglichen. Die Telemedizin kann den Zugang zu Gesundheitsinformationen erleichtern und erhöht die Transparenz für die eigenen Patientendaten. Es würde eine engmaschige Kontrolle und die Vollständigkeit der Patienteninformationen sicherstellen. Auch wird damit die Anzahl von Arztbesuchen vermindert. Routineuntersuchungen oder die Kontrolle von Parametern können bequem von Apps oder anderen mobilen Geräten übernommen werden. Ein Aspekt, der vor allem Patienten aus ländlichen Regionen zugutekommt. Lange Wartezeiten könnten überbrückt und weite Anfahrtswege erspart werden. Ferner unterstützen die neuen technischen Anwendungen die Optimierung des Krankheitsmanagements. Dies verbessert sicherlich die Qualität der medizinischen Versorgung chronisch kranker Patienten.

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern wird die Hausarztversorgung zunehmend problematisch. Für eine langfristig stabile Versorgungssituation in weniger entwickelten Gegenden fordern wir stärkere Anreize als Stipendien. Die Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten Gebieten sollten künftig über verbindliche regionale Zuschläge gefördert werden. Diese Zuschläge müssen langfristig festgeschrieben werden. Finanzielle Unterstützung nur im Zeitraum der eingetretenen oder drohenden Unterversorgung bedeutet, dass keine langfristigen Anreize zur Niederlassung gesetzt werden.

Gerade für angehende, junge Hausärzte ist der bürokratische Verwaltungsaufwand in der Praxis eine Herausforderung. Um Niederlassungen zu protegieren und den Praxisalltag mittels digitaler Kommunikationsmittel zu vereinfachen ist eine digitale Dokumentation des Behandlungsverlaufs notwendig. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen bietet die Chance, einen koordinierten Behandlungsprozess ohne Zeitverlust und Informationsbrüche zu organisieren. Dazu bedarf es der digitalen Vernetzung aller relevanten Akteure, die einen inter- und intrasektoralen digitalen Austausch von Informationen erlaubt.

Aus der Sicht unserer Beiräte sollte die Politik die Digitalisierung im Gesundheitswesen auch aus diesem Grund forcieren. Das Ziel sollte es sein, dass in absehbarer Zukunft die digitale Kommunikation zwischen Leistungserbringern untereinander, aber auch zwischen Leistungserbringern und Patienten selbstverständlich ist. Der Versicherte sollte einen Anspruch auf digitalen Informationsaustausch erhalten. Kein Patient soll mehr erleben, dass seine Behandlung darunter leidet, dass die nötigen Informationen nicht vorliegen, er bei jedem Behandlungsschritt von neuem Erfassungsbögen ausfüllen muss oder überflüssige bzw. kontraproduktive Diagnostik oder Behandlung erfolgt.

Sehr geehrter Herr Minister,

wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die technischen Möglichkeiten so schnell wie möglich und unbürokratisch, für **alle** Versicherten, und nicht nur punktuell oder für einzelne Krankenkassen, eingesetzt werden können. Bei den heutigen über 200 Krankenkassen und 16 Ländern in der BRD, den verschiedenen Zuständigkeiten und Gesetzen (Bund/Land/Kommune) kann eine einheitliche, vernünftige Lösung aus unserer Sicht nie gelingen. Hierfür wären grundlegende Reformen nötig.

Die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ von 2011-2016 hat diese Problematik mit behandelt, die Prämisse „Lasst Daten reisen, nicht Patienten“ festgelegt und viele Handlungsempfehlungen im Abschlussbericht gegeben. Es ist nur zu hoffen, dass dieser Bericht, der für über 5 Mio. Euro von den 21 Mitgliedern in 5 Jahren erarbeitet wurde, auch umgesetzt wird und nicht in den „Schubladen“ verschwindet.

Eigentlich müssten die Gesundheitsverantwortlichen der ca. 81 Mio. Bürger im Staat, (1 Bund - 16 Länder - ca.12.000 Kommunen - 221 Krankenkassen und 17 Ärztekammern) als Fachleute, entsprechend dem heutigen Entwicklungsstand und bezahlbaren Möglichkeiten die richtigen Entscheidungen treffen können.

Wir machen unsere Senioren fit für das digitale Gesundheitswesen, damit sie für sich informierte Entscheidungen treffen können und sich von den neuen Möglichkeiten nicht überfordert fühlen. Denn jeder Patient muss für sich entscheiden können, ob und wie er digitale Angebote wie z.B. die elektronische Gesundheitsakte nutzen möchte.

Von seitens der Politik und der Regierung erwarten wir, dass man die Zeichen der Zeit erkennt und sich parteiübergreifend für den Fortschritt einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrage unserer Beiratsmitglieder

Prof. Dr. Dr. H. G. Pratzel  
Vorsitzender des KSB-MSE

Peter Lundershausen  
Vorsitzender des SBNB